



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 54. Ratssitzung vom 5. Juli 2023

2033. 2022/561

**Motion von Islam Alijaj (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 16.11.2022:**

**Inklusive barrierefreie Gestaltung von Pausen- und Spielräumen bei Neu- und Umbauten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

*Islam Alijaj (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 935/2022): Die Motivation für diese Motion ist meine eigene Erfahrung mit meinen Kindern auf Spielplätzen. Wenn ich meinen drei- bis vierjährigen Kindern sagen muss, dass sie auf sich selbst gestellt sind, wenn sie auf dem Spielplatz klettern oder schaukeln wollen, ist das nicht nur für mich als Vater schwierig, sondern auch für die Kinder unverständlich. Sie verstehen nicht, wieso ihr Vater mit dem Rollstuhl nicht mit auf den Spielplatz kann. Die Erfahrung haben viele andere Eltern mit Behinderung ebenfalls gemacht und auch Kinder mit Behinderungen, die nicht gleichwertig mit ihren Schulfreund\*innen auf den Spielplatz können. Damit die Verwaltung die Umsetzung von barrierefreien Spielplätzen effizient durchführen kann, fordern wir in der Motion, dass die Stadt den Leitfaden der Stiftung «Denk an mich» als Grundlage nimmt. Unsere Überlegung ist, dass so der Aufwand für die Verwaltung minimiert wird – für etwas, das für eine moderne und innovative Stadt selbstverständlich sein sollte. Als ich die Antwort des Stadtrats las, dass er die Motion in ein Postulat umwandeln will, mit dem Argument in den Zwischenzeilen, dass der Aufwand zu hoch sei und verhältnismässig sein müsse, musste ich schwer schlucken. Damit ich und alle anderen Eltern, die jetzt nicht auf den Spielplatz können, nicht mehr schwer schlucken müssen, wenn es für unsere Kinder dort gefährlich wird, wollen wir Motionär\*innen an der Motion festhalten. Es muss ein anderes «Mindset» in die Verwaltung, wenn es um die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen geht.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** *Dass die Motionär\*innen sich gefragt haben, warum der Stadtrat mit der Ablehnung als Motion und Entgegennahme als Postulat antwortet, verstehe ich. Das Anliegen ist absolut unbestritten. Spielplätze sollen für alle Kinder da sein und ihnen Spielmöglichkeiten bieten, egal welche Voraussetzungen sie mitbringen. Dasselbe gilt für die Eltern. Der Leitfaden «Spielplatz für alle», der in der Motion erwähnt wird, ist darum ein wertvolles und wichtiges Dokument, das für die Inklusion aller Menschen sensibilisiert. Der Stadtrat steht hinter dem Anliegen, doch wir sehen die Motion nicht als den richtigen Weg, schnell ans Ziel zu kommen. Eine Schwierigkeit ist, dass*



eine Verhältnismässigkeit der unterschiedlichen Bedürfnisse, Aufträge und Auflagen berücksichtigt werden muss. Im Einzelfall muss eine Güterabwägung stattfinden, damit alle Bedürfnisse unter einen Hut gebracht werden können. Die grössere Schwierigkeit liegt darin, dass die Motion ein Auftrag für eine kreditschaffende Weisung ist, was heisst, dass wir für die Umbauprojekte der Spielplätze mit dem Rahmenkredit das Geld sprechen müssten. Theoretisch ist das möglich, doch in der Praxis sehr aufwändig und umständlich. Den dafür nötigen administrativen Aufwand würden wir lieber in die konkrete Umsetzung des Vorhabens stecken. Der Stadtrat schlägt vor, dass der Leitfaden «Spielplatz für alle» während fünf Jahren bei Um- und Neubauten berücksichtigt wird, soweit das im Einzelfall sinnvoll und möglich ist. Die Erfahrungen sollen dazu dienen, den Leitfaden in die städtischen Raumstandards für Spielplätze, auch die von Volksschulanlagen, aufzunehmen. So werden die Anliegen zukünftig bei allen Vorprojekten von Beginn an mitgedacht. Das «Mindset» ist im Grundsatz bereits geändert. Falls für die Umsetzung in den ersten fünf Jahren mehr Kosten benötigt werden, kann man dies in den Budgets der jeweiligen Projekte sehr gut ausweisen und in den Kreditanträgen aufzeigen. Der Gemeinderat würde den Kreditzusätzen sicherlich zustimmen. Der Zweck der Motion wäre so auf einem gut realisierbaren und rasch umsetzbaren Weg erreicht. Darum bitte ich Sie, die Motion abzulehnen und uns als Postulat zu überweisen.

Weitere Wortmeldungen:

**Flurin Capaul (FDP):** Als Postulat würden wir den Inhalt der Motion überweisen. STR André Odermatt nannte die Gründe. Islam Alijaj (SP) meinte, dass es eine Änderung des «Mindsets» brauche. Der Stadtrat gab sich in meinen Augen grosse Mühe und zeigte in der Antwort unterschiedliche Lösungswege auf. Das «Mindset» stimmt meiner Ansicht nach. Mit dem Ansatz des Stadtrats wäre das Anliegen der Motion schneller und mit weniger Bürokratie erfüllt. An ihr festzuhalten, ergibt keinen Sinn.

**Beat Oberholzer (GLP):** Spielplätze sind wichtig und auch, dass sie hindernisfrei zugänglich sind. Es gibt das Behindertengleichstellungsgesetz, das umgesetzt werden muss. Man kann aber mehr machen und das zeigt der Leitfaden gut auf. Als Postulat ist das Anliegen sinnvoller, da der Beginn der Umsetzung ab sofort wäre. Zudem glauben wir, dass es zu einer starken Überregulierung kommen könnte, wenn eine Motion in ein verbindliches Regelwerk umgesetzt werden müsste. Der Betrag der kreditschaffenden Weisung von 2 Millionen Franken ist hoch. Mit einem Rahmenkredit wäre das finanziell und administrativ eleganter gelöst.

**Reto Brüesch (SVP):** Die Stadt setzt bei jedem Bauprojekt die Vorschriften um, in denen bereits viele der genannten Dinge abgehandelt werden. Mehr kann man immer machen, das ist klar. Wenn man hindernisfreie Spielplätze will, macht man Tartanflächen statt Kies oder Holzschnitzeln, was für die Umwelt nicht immer das Beste ist. Kompromisse kann man immer machen. Das Dokument einer privaten Stiftung für Um- und Neubauten als verbindlich zu erklären, ist der falsche Ansatz. Wir lehnen die Motion ab.



3 / 3

**Karin Weyermann (Die Mitte):** Die Die Mitte hat viel Sympathien für das Anliegen. Trotzdem lehnen wir es als Motion ab und würden es als Postulat überweisen. Die Argumente dazu kann ich vom Stadtrat übernehmen. Mit einem Postulat würde das Ziel schneller erreicht und die fünfjährige Phase, um Erfahrungen mit dem Leitfaden zu sammeln, ist für uns die richtige Lösung.

**Tanja Maag Sturzenegger (AL)** ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Bei inklusiven Spielräumen geht es nicht nur um Barrierefreiheit, sondern darum, dass für alle Kinder ein Spielgerät zu finden ist, das ihrem Entwicklungsstand entspricht. Das Wohlwollen des Stadtrats schätzen wir und auch die Bemühungen für eine schnelle und realistische Umsetzung. Dennoch wollen wir an der Motion festhalten. Die Hindernis- und Barrierefreiheit ist im Fokus, aber es fehlt ein vertieftes Verständnis von Inklusion und zur Umsetzung einer inklusiven Umgestaltung von Spielräumen. Genau darum schlugen wir den Leitfaden im Sinn der Effizienz vor. Die Befürchtung ist, dass das Anliegen versandet, wenn die wesentlichen Inhalte des Leitfadens erst nach den ersten konkreten Erfahrungen übernommen würden. Bereits jetzt können diese Inhalte in die Raumstandards für den Bau von Volksschulanlagen integriert werden. Die Vision ist, dass nicht nur Volksschulanlagen von den Revisionen betroffen sind, sondern die Instandsetzungen der weiteren 117 Spielplätze. Da Inklusionsbestrebungen als Programm verstanden werden können, was eine Anforderung für einen Rahmenkredit ist, möchten wir an der Finanzierungsart der Motion festhalten.

Die Motion wird mit 58 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat